

## **Städtebauliches Konzept für das Ortszentrum**

Die Gemeindevertretung hat im vergangenen Jahr auf Antrag der Freien Demokraten (FDP) und der Krotzebojer Grünen (KG) beschlossen, für das Gebiet zwischen Anne-Frank-Platz, Bahnhofstraße, Schulstraße und Taunusstraße ein städtebauliches Konzept zu entwickeln, das ergebnisoffen langfristige Perspektiven für die in diesem Bereich liegenden öffentlichen Einrichtungen und Möglichkeiten für die Schaffung von Wohnraum aufzeigt. Das Konzept soll auch die verkehrsmäßige Erschließung des Gebietes auch unter Berücksichtigung des neuen Baugebietes hinter dem Bürgerhaus und dessen beabsichtigter Erweiterung einbeziehen. Um den zu beauftragenden Städteplanern Ausgangsdaten und Zielrichtungen an die Hand geben zu können, hat eine Arbeitsgruppe der beiden Fraktionen von FDP und KG eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Einrichtungen in diesem Bereich erstellt und zukünftige Bedarfe aufgezeigt. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen im Umwelt- und Bauausschuss als Arbeitsgrundlage öffentlich vorgestellt und beraten werden, um sie im Austausch mit den anderen Fraktionen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern weiterzuentwickeln.

Die in diesem Gebiet vorhandenen Einrichtungen der Gemeinde sind durchweg mit Problemen behaftet. Beim Bürgerhaus und den beiden Seniorenwohnheimen besteht ein eklatanter Sanierungsbedarf. Die Wohnheime weisen Nachholbedarf hinsichtlich des behindertengerechten Baustandards auf. Die Gerätehalle der Feuerwehr entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Aber auch die Zukunft privater Immobilien wie des ehemaligen Post-Hotels und des ehemaligen REWE-Marktes im GEKA-Gebäude ist derzeit ungeklärt.

Die Arbeitsgruppe kam zu dem Ergebnis, dass nicht alle Einrichtungen wie zum Beispiel Bauhof und Feuerwehr an ihrem derzeitigen Standort verbleiben müssen. Für die Zukunft des Bürgerhauses muss eine dauerhafte Lösung gefunden werden. Bereits seit einiger Zeit wird über eine Erbpachtlösung für das Gebäude diskutiert. Alternativ kommt ein Mehrfunktionsgebäude mit Versammlungssaal, Geschäften und anderen Angeboten in Frage. Dabei müsste selbstverständlich auch für das Jugendzentrum eine Unterbringung gefunden werden, die nicht unbedingt an diesem Standort liegen muss. Ein Ärztezentrum könnte ebenfalls in diesem Bereich angesiedelt werden, jedoch sollen dafür auch andere Standorte geprüft werden.

Man war sich einig darüber, dass die Finanzierung und Umsetzung eines solchen Konzeptes aufgrund der Haushaltsslage und der Möglichkeiten der Gemeinde grundsätzlich nur in Zusammenarbeit mit privaten Investoren und Projektentwicklern und über einen längeren Zeitraum erfolgen kann. Nur ein schlüssiges Gesamtkonzept eröffne der Gemeinde neue Entwicklungschancen.